

# **Für die freie und faire Gesellschaft**

**Positionsschrift**

**von**

**Dr. Guido Westerwelle, MdB**

**Bundvorsitzender der FDP**

Berlin, 3. November 2003

## Inhalt

|       |   |    |
|-------|---|----|
| I.    | Vom Verteilungsstaat zur Erwirtschaftungsgesellschaft                 | 3  |
| II.   | Von der gleichen zur fairen Gesellschaft                              | 5  |
| III.  | Freiheit hat nur eine politische Heimat: Die FDP                      | 11 |
| IV.   | Mut zum großen Wurf   | 14 |
| V.    | FDP: Die neue Wende 2006  | 15 |
| VI.   | Die neue Wende organisieren:<br>Bürger bewegen, Unterstützer gewinnen | 27 |
| VII.  | Lebendige FDP   | 35 |
| VIII. | FDP: Mit Macht für mehr Freiheit                                      | 38 |

## **Für die freie und faire Gesellschaft**

### **I. Vom Verteilungsstaat zur Erwirtschaftungsgesellschaft**

Deutschland ist ein starkes Land. Die Menschen im Westen haben mit Leistung und Fleiß nach 1945 ihr zerstörtes Land aufgebaut und das Wirtschaftswunder vollbracht.

Die Menschen im Osten haben 1989 mit Mut die DDR- Diktatur verjagt, die Freiheit erkämpft und sich selbstbewusst neuen Herausforderungen im wiedervereinigten Deutschland gestellt. Deutschland ist heute ein Land mit allen Chancen, denn die überragende Mehrheit der Deutschen ist geprägt von der Erfahrung, was der Wille zu mehr Freiheit und die Bereitschaft zu mehr Verantwortung bewirken können.

Deutschland ist in der Krise. Unser Land ist nicht in einer Konjunkturkrise. Deutschland ist in einer Strukturkrise. Darauf hat die deutsche Politik zu spät, zu wenig und zu oberflächlich reagiert. Die höchste Arbeitslosenquote, der höchste Schuldenstand, die größte Pleitewelle, kein Wirtschaftswachstum und erstmals eine reale Rentenkürzung seit Gründung der Republik sind das Ergebnis einer zutiefst

ungerechten und unsozialen Verteilungspolitik. Deutschland ist so zum Schlusslicht der Europäischen Union geworden.

Der Verteilungsstaat ist am Ende. Er ist unbezahlbar geworden. Er kann nicht länger verbergen, was er nicht zu leisten vermag. Die Bürger spüren die Folgen mit immer schmerzhafteren Einschnitten und immer höheren Belastungen.

Die Kraft einer Gesellschaft zur grundsätzlichen Veränderung entsteht aus Furcht und Hoffnung. Immer mehr Bürger fürchten, dass Deutschland auf einer schiefen Ebene immer stärker und immer schneller abrutscht. Sie fürchten um Wohlstand und Chancen für sich und ihre Familien. Immer mehr Bürger wollen und brauchen Hoffnung, dass durch verlässliche und durchdachte Reformpolitik Chancen und Wohlstand neu gegründet werden. Wir stehen vor einer neuen Gründerzeit. Diese neue Gründerzeit ist die Zeit der FDP, wenn sie sich nicht auf Erreichtem ausruht, sondern sich abermals als programmatische Avantgarde versteht.

In früheren Zeiten ging der Veränderungsdruck oftmals von den politischen Rändern aus. Heute kommt er aus der Mitte der Gesellschaft. Der Veränderungsdruck aus der Mitte der Gesellschaft ist in der Politik noch nicht angekommen. Die aktuell geplanten Vorhaben der Bundesregierung sind keine

wirklichen Reformen; sie sind eher eine Belastung für den Reformbegriff. Die aufgeregte Scheindiskussion um Trippelschritte täuscht darüber hinweg, welche gravierenden Veränderungen wirklich notwendig sind. Bisher wird nur an den Stellschrauben einer Verteilungsmechanik gedreht, obwohl die ganze Maschine schon längst nicht mehr funktioniert. Der Reformprozess ist noch nicht in Gang gekommen.

Die deutsche Politik denkt nicht zielorientiert, sondern ereignisorientiert.

Die deutsche Politik handelt nicht strategisch, sondern taktisch.

Die deutsche Politik arbeitet nicht für die nächste Generation, sondern für die nächste Wahl.

## **II. Von der gleichen zur fairen Gesellschaft**

Deutschland steht am Scheideweg. Die ersten beiden Jahrzehnte der Bundesrepublik waren geprägt vom Erwirtschaften. So entstand das Wirtschaftswunder. Dann folgten drei Jahrzehnte, die vom Verteilen geprägt waren.

Deutschland braucht jetzt wieder überlebensnotwendig eine Zeit des Erwirtschaftens. Die FDP setzt sich diesen notwendigen Systemwechsel vom Verteilungsstaat zur Erwirtschaftungsgesellschaft zum Ziel.

Der Verteilungsstaat erhob Gleichheit und soziale Gerechtigkeit zu seinem obersten Prinzip. Das Streben nach Gleichheit glitt schleichend in Gleichmacherei ab. Die Fairness in unserer Gesellschaft blieb auf der Strecke.

Die Erwirtschaftungsgesellschaft ist frei und fair. In der Erwirtschaftungsgesellschaft besinnen wir uns auf die Quellen des Wohlstandes: auf Leistungsgerechtigkeit und Fairness. Der beste Weg zu mehr Fairness führt über mehr Freiheit. Die FDP macht den Weg von der gleichen zur fairen Gesellschaft frei.

Der Verteilungsstaat hat das Verteilen vor das Erwirtschaften gestellt. Er hat Mitmenschlichkeit und Verantwortung verstaatlicht und Leistung enteignet. Die Verteilungspolitik schafft Probleme, die dann durch noch mehr Verteilung gelöst werden sollen.

Es ist unfair, wenn immer mehr Menschen immer weniger netto übrig bleibt, weil der Staat an immer mehr Menschen Geld verteilt. Fair ist, wenn Leistung sich lohnt und Fleiß sich auszahlt.

Es ist unfair, wenn immer höhere Abgaben und Steuern Arbeitsplätze zerstören. Fair ist, wenn Sozialpolitik die Schaffung von Arbeitsplätzen fördert.

Es ist unfair, wenn jemand mit viel Risiko und Fleiß eine Firma aufbaut, dafür in Deutschland aber nur Neid erntet. Fair ist, wenn derjenige, der Besonderes leistet, auch besondere Anerkennung erhält.

Es ist unfair, wenn Zumutbarkeit nur aus der Sicht eines Sozialhilfeempfängers definiert wird, und so die Zumutungen für die Steuerzahler und die Beitragszahler außer Acht geraten. Fair ist, wenn Sozialhilfeempfänger jede angebotene, legale Arbeit annehmen müssen, auch wenn sie untertariflich bezahlt wird.

Es ist unfair, wenn Funktionäre und Politiker Tarifvorschriften durchsetzen, die es den fleißigen Menschen verbieten, selbst über ihren Arbeitsplatz und über die Zukunft ihres Betriebes zu entscheiden. Fair ist, wenn in den Betrieben entschieden wird statt in den Funktionärszentralen.

Es ist unfair, wenn jeder einen Laden aufmachen kann, um Computer zu reparieren, aber derjenige, der einen Laden aufmacht, um Schuhe herzustellen, einen Meisterbrief braucht. Fair ist, wenn im Handwerk Regeln gelten, die Qualität sichern und Selbständigkeit fördern.

Es ist unfair, wenn jemand, der 45 Jahre in die Rentenkasse gezahlt hat, genauso behandelt wird, wie derjenige, der 35 Jahre eingezahlt hat, wenn beide mit 60 in Rente ge-

hen. Fair ist, wenn die Dauer der Beitragszahlungen und nicht ein gesetzliches Renteneintrittsalter über die Rentenhöhe entscheidet.

Es ist unfair, wenn Frauen sich eine gute Ausbildung erarbeiten, aber als Mütter nicht mehr arbeiten können, weil es nicht genug Kinderbetreuung und Ganztagschulen gibt. Fair ist, wenn Frauen eine Wahl haben, ob sie Kinder und Karriere vereinbaren wollen.

Es ist unfair, wenn ein unrentabler Steinkohle-Arbeitsplatz mit durchschnittlich 70.000 Euro jährlich subventioniert wird, während für die Schüler und Studenten kein Geld mehr da ist. Fair ist, wenn der Staat in Zukunft investiert, statt Vergangenheit künstlich zu verlängern.

Es ist unfair, wenn jemand seine Talente nicht entfalten kann, weil der Staat die Schulen vernachlässigt. Fair ist, wenn der Staat in differenzierte Bildungsangebote investiert, damit jeder seine Fähigkeiten voll entwickeln kann.

Es ist unfair, wenn ein 22jähriger Dachdecker mit seinen Steuern einem 22jährigen Studenten das Studium finanziert. Es ist unfair, dass den Gesellen der Meisterbrief viel Geld kostet, während der Student den Magister-Titel vom Staat bezahlt bekommt. Fair ist, wenn derjenige, der



nach dem Studium überdurchschnittlich verdient, auch einen Teil der Kosten seiner Ausbildung zurückzahlt.

Es ist unfair, wenn Kranke in Deutschland nicht geheilt werden können, weil Bedenkenträger die Bio- und Gentechnologie aus dem Land vertreiben. Fair ist, die Freiheit und die Chancen der Forschung zu fördern.

Es ist unfair, wenn der Rechtsstaat so kompliziert und der Rechtswegestaat so aufwändig ist, dass der Bürger sein Recht nicht mehr durchsetzt. Fair ist, wenn Recht verständlich und Rechtswege kurz sind.

Es ist unfair, wenn immer mehr Kontrolleure die Steuerzahler überprüfen, während gleichzeitig öffentliche Plätze zu rechtsfreien Räumen werden. Fair ist ein Rechtsstaat, der sich zuerst um die Sicherheit und damit um die Voraussetzung für die Freiheit der Bürger kümmert.

Es ist unfair, wenn zu schnelles Fahren kriminalisiert und Ladendiebstahl gleichzeitig bagatellisiert wird. Fair ist, wenn der Rechtsstaat zuerst das Eigentum und die Sicherheit der Bürger schützt.

Es ist unfair, wenn Gesetze und Verordnungen darüber entscheiden, wann ein Laden geöffnet sein darf. Fair ist, wenn Ladenbesitzer darüber entscheiden, wann sie etwas ver-

kaufen wollen, und wenn Kunden darüber entscheiden, wann sie etwas kaufen wollen.

Es ist unfair, wenn ein wirtschaftlich erfolgreiches Bundesland einem anderen Bundesland einen Ausgleich zahlen muss, weil dieses nicht erfolgreich gewirtschaftet hat. Fair ist, wenn wir zum Nutzen der Bürger einen föderalen Wettbewerb um die beste Wirtschaftspolitik oder die besten Schulen fördern.

Es ist unfair, wenn Politiker bei allen sparen, nur nicht bei sich selbst. Fair ist, wenn Politiker mit gutem Beispiel voran gehen. Fair ist, wenn Politiker für ihre Altersversorgung - so wie Freiberufler - selbst bezahlen.

### **III. Freiheit hat nur eine politische Heimat: Die FDP**

Keine Partei hat so früh und so klar wie die FDP die nötigen Reformen für Deutschland benannt. Wir haben als erste Partei öffentlich formuliert, dass es keine Zukunft ohne die Bereitschaft zur Veränderung gibt. Die Wiesbadener Grundsätze von 1997 sind Beleg für den liberalen Reformwillen. Sie geben die Richtung vor. Die FDP wird ihrem Ziel gerecht, Bürgerpartei für das ganze Volk zu sein, wenn sie die ethischen Grundlagen einer freien und fairen Bürgergesell-

schaft benennt. Das Programm der FDP darf nicht als Summe von technischen Standortfaktoren vertreten werden. Der ethische Anspruch liberaler Politik muss für alle sichtbar im Vordergrund stehen.

Das ängstliche Schielen auf die Positionen anderer muß ein Ende haben. Keine andere deutsche Partei hat unseren Gesellschaftsentwurf übernommen. Keine andere Partei kopiert freie demokratische Politik: Eine Mehrheit von Verteilungsfürsten verteidigt noch immer die alte Politik in Bundestag und Bundesrat.

Die SPD leidet unter dem Gegensatz zwischen den Ansprüchen der Realität und den Ansprüchen ihres Programms. Sie verweigert den Versuch, Programm und Realität zusammenzuführen. Die SPD entfernt sich vielmehr in der programmatischen Debatte und auch im Regierungshandeln von einem liberalen Reformkurs: Sozialdemokraten führen Mindestlöhne ein, debattieren über eine Ausbildungsplatzabgabe und wollen die Erbschaftssteuer erhöhen. Die SPD bleibt in ihrer selbst gewollten Abhängigkeit von den Gewerkschaftsfunktionären. Das Flächentarifvertragsrecht macht besonders deutlich, dass die Sozialdemokraten kollektivistische Modelle gegenüber individuellen Lösungen vorziehen. Die SPD hütet programmatisch den sozialdemokratischen Verteilungsstaat als Fluchtburg gegen die

Realität der Regierungsverantwortung. Unverändert ist der SPD die Gleichheit wichtiger als die Freiheit.

Die Union ist sozial- und wirtschaftspolitisch nicht nur zwischen CDU und CSU gespalten. Die Entsozialdemokratisierung der Union ist in einem ungeklärten Richtungsstreit gefangen. Maßgebliche Teile der Union sind für die Einführung einer Zwangskasse unter dem Decknamen „Bürgerversicherung“. Die Sozialausschüsse sind die Gewerkschaftsfunktionäre der Union. Der Union ist es bis heute nicht gelungen, ein Gesellschaftsbild, das von Toleranz geprägt ist, zu entwerfen; stattdessen bleibt sie ihrem konservativen Staatsbild verhaftet. Der Zusammenhang zwischen der inneren Liberalität der Gesellschaft und ihrem ökonomischen Fortschritt, zwischen stimulierender Toleranz und Leistungsbereitschaft wird in der Union bis heute nicht anerkannt. Halbe Freiheiten sind noch keine Freiheit. Der Union steht ihr Konservatismus in unseren Zeiten geradezu im Weg. Wer über Globalisierung spricht, aber zugleich die damit einhergehende Internationalisierung der Gesellschaft ausbremst, befindet sich programmatisch noch nicht auf dem Marsch in die Zukunftstauglichkeit. Die von weiten Teilen der Union verfolgte Renationalisierung der Politik mag gelegentlich beim Publikum ankommen. Sie ist dennoch falsch.

Die Grünen haben von der FDP die Dienstwagen übernommen, aber nicht das liberale Programm. Die Grünen sind nicht liberal, sondern wollen die Gesellschaft als Besserungsanstalt organisieren. Sie stellen Autofahren unter steuerliche Strafe, wollen preiswerte Flugreisen verbieten und sind für ein entlarvendes bürokratisches Chaos beim Dosenpfand verantwortlich. Sie sind die Nein-Sager: bei Umgehungsstraßen, beim Transrapid oder beim therapeutischen Klonen. Grüne verregeln und verriegeln. Die Grünen errichten die geistige Blockade gegen den technologischen Fortschritt. Die Grünen sind der natürliche Gegner einer Freiheitspartei.

Die PDS ist unterwegs in die bundespolitische Bedeutungslosigkeit. Sie wird sich als Regionalpartei im Zwiespalt zwischen politischem Protest auf Bundesebene und regionalem Regierungsanspruch nicht behaupten können.

#### **IV. Mut zum großen Wurf**

Deutschland braucht nicht nur eine ökonomische Standortdebatte, sondern eine sie tragende gesellschaftliche Wertediskussion. Diese Regierungskoalition und Teile der Unionsparteien wurden durch Standortkenntnisse zum Handeln gezwungen. Liberale Werte haben sie dabei nicht übernommen.

Die deutsche Politik darf sich nicht länger darauf beschränken, innerhalb der bestehenden Staatswirtschaft prozentuale Veränderungen vorzunehmen. Das überkommene Modell des Verteilungsstaates ist an die Grenzen seiner Wirksamkeit gestoßen. Der alte Verteilungsstaat kann die neuen Herausforderungen nicht bewältigen.

Die FDP steht für die Veränderung der Systeme anstelle der Veränderung in den untauglichen Systemen. Freie demokratische Politik macht Mut zum großen Wurf. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen wieder die Köpfe heben und zu neuen Horizonten blicken.

Die FDP will die Maßstäbe politischen Handelns neu definieren. Diese neuen Maßstäbe heißen: Freiheit vor Gleichheit, Erwirtschaften vor Verteilen, Privat vor Staat.

## **V. FDP: Die neue Wende 2006**

Die FDP will die neue Wende, den politisch großen Wurf statt Klein-Klein, die Freiheit vor der Gleichheit. Deswegen setzt sich die FDP im Interesse Deutschlands den Machtwechsel weg von Rot-Grün zum Ziel. Die FDP will die neue Wende spätestens im Jahr 2006.

Voraussetzung dafür ist:

programmatische Konsequenz

thematische Konzentration

personelle Kompetenz

## 1. Deutschland braucht eine neue Wende

Deutschland steht am Ende des Verteilungsstaates. Die FDP will die Wende zu einer neuen Erwirtschaftungsgesellschaft. Freiheit zur Verantwortung ist nicht nur ein Gebot der ökonomischen Vernunft, es ist das ethische Fundament der Bürgergesellschaft.

Die FDP wendet sich gegen die Fortsetzung einer Politik, die sich als Notreparaturbetrieb maroder Systeme versteht.

Die FDP steht für einen neuen Anfang durch den großen Wurf: die FDP will Freiheit vor Gleichheit, die FDP will Eigenverantwortung vor Anspruchsmentalität, die FDP will Erwirtschaften vor Verteilen stellen.

Wenn die Politik wieder den Mut hat, Ziele zu benennen, dann werden wir einen neuen Aufbruch erleben. Dieses verbindende blau-gelbe Band unserer Politik muss sichtbarer werden. Unser Zukunftsentwurf, unser Gesellschafts-

modell und unser Lebensgefühl prägen die FDP. Der Tagespolitik, der konkreten Forderung muss stets das gesellschaftspolitische „Warum“ hinzugefügt werden.

## 2. Leistung braucht Belohnung

Unsere Gesellschaft braucht wieder die Kultur, Fleiß, Leistung und Anstrengung ihrer einzelnen Mitglieder anzuerkennen. Statt einer Neid-Debatte braucht Deutschland eine Anerkennungskultur. Wir müssen mehr Menschen motivieren, Risiken einzugehen und Chancen zu suchen. Deutschland muss Schluss machen mit einer Neidgesellschaft, die Fleiß unter steuerliche Strafe stellt.

Das bedeutet: Wir brauchen ein Steuersystem, das Leistung belohnt. Es geht nicht darum, das bestehende Steuersystem zu verändern. Die FDP will einen Systemwechsel. Wir wollen drei einfache Steuersätze von 15, 25, 35 Prozent und die radikale Abschaffung steuerlicher Ausnahmetatbestände. Für den Arbeitnehmer muss die Steuererklärung auf eine Seite passen, die er selbst ohne Hilfe ausfüllen kann. Unser niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem ist nicht nur ökonomisch geboten; es ist das Steuersystem der freien und fairen Gesellschaft.



Freie Demokratische Politik fördert die Fleißigen, schützt die Schwachen und bestraft die Faulen. Es gibt kein Recht auf staatlich bezahlte Faulheit.

Das heißt: Grundsätzlich ist jede legale Arbeit für Sozialhilfeempfänger zumutbar. Wer zumutbare Arbeit nicht annimmt, dem sollen sämtliche Leistungen gestrichen werden, weil für Liberale die Eigenverantwortung vor der Umverteilung kommt.

Deswegen ist die FDP für ein Bürgergeldsystem, das Einkommensbesteuerung und steuerfinanzierte Sozialleistungen zusammenfaßt. Das Bürgergeld ist die Brücke in reguläre Erwerbsarbeit, weil es reguläre Erwerbseinkommen nur teilweise auf Sozialleistungen anrechnet.

### 3. Fairness für die Generationen

Fair ist Politik nur, wenn sie fair zwischen den Generationen ist.

Die demographische Entwicklung und die politische Umverteilung innerhalb der Sozialversicherung haben den Generationenvertrag in eine Existenzkrise geführt.

Politische Notoperationen ohne Systemwechsel sind untauglich. Sie sind unfair gegenüber der jetzigen Rent-

nergeneration, weil sie in Ansprüche eingreifen, die die Rentner im Vertrauen auf eine verlässliche Rente durch ihre Arbeit erworben haben. Sie sind unfair gegenüber der arbeitenden Generation, weil sie bei den Beiträgen weder Stabilität noch Entlastung bringen. Sie sind unfair gegenüber der jungen Generation, weil sie soziale Sicherheit nicht zukunftstauglich machen. Was im Gesundheitswesen „Jahrhundertreform“ genannt wird, hat Halbwertzeiten von zwei bis drei Jahren. Die Pflegeversicherung trägt schon jetzt den Sprengsatz für die Beitragssteigerung der Zukunft in sich.

Wir wollen Fairness zwischen den Generationen. Deswegen ist die FDP gegen die Fortsetzung des Reparaturbetriebes und für einen Systemwechsel in den Sozialversicherungen.

Deswegen ist die FDP dafür, das gesetzliche Renteneintrittsalter abzuschaffen. Stattdessen soll die Zahl der Beitragsjahre über die Rentenhöhe entscheiden. Ab 45 Jahren durchschnittliche Beitragszahlung wird die Rente ohne Abschlag erreicht, unabhängig vom Lebensalter. Deswegen will die FDP eine Altersvorsorge, die zur Hälfte auf einer beitragsfinanzierten gesetzlichen Grundsicherung und zur Hälfte auf einer privaten oder betrieblichen kapitalgedeckten Altersvorsorge beruht. Dadurch schaffen wir gleichzeitig

Rentensicherheit für die Älteren und schützen die jüngere Generation vor Überforderung.

Deswegen ist die FDP dafür, die gesetzlichen Krankenkassen vollständig in private Gesundheitsversicherungen zu überführen. Wir wollen an die Stelle der Pflichtversicherung eine Pflicht zur Versicherung setzen.

Deswegen ist die FDP dafür, die gesetzliche Pflegeversicherung abzuschaffen und durch eine private Pflegeversicherungspflicht zu ersetzen.

#### 4. Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung

Freie Demokratische Politik steht für Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung. Dieser einfache Grundsatz gilt für Liberale in allen Bereichen des Staates und der Gesellschaft.

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung heißt: Jeder Bürger soll leben, wie er selber möchte, solange er damit niemand anderem schadet. Der Staat ist kein Zensor der privaten Lebensentwürfe. Nur in der toleranten Gesellschaft entsteht die Kreativität, aus der Spitzenleistungen entspringen.

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung heißt: Die Grenze staatlicher Zuständigkeit muss neu gezogen werden. Wenn es keinen zwingenden Grund für eine staatliche Zuständigkeit gibt, darf der Staat seine Bürger weder belasten noch belästigen. Deswegen fordert die FDP ein Privatisierungsgebot für Staatsbesitz, die Umstellung von Genehmigungsverfahren auf Anmeldeverfahren und die Befristung von wirtschaftslenkenden Gesetzen. Die FDP steht für Entstaatlichung statt Verstaatlichung. Nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern weil weniger Staat mehr Erfüllung durch Selbstbestimmung bedeutet.

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung heißt: Die Tarifautonomie ist kein Privileg von Verbänden und Gewerkschaften. Die Tarifautonomie muss zurückgegeben werden in die Hände von Arbeitnehmern und Unternehmern, von Betriebsräten und Geschäftsführern. Betriebliche Bündnisse haben Vorrang vor Funktionärsverträgen.

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung heißt: Der Staat muss seinen Bürgern mehr Mitbestimmung in Schlüsselfragen zutrauen. Die repräsentative Demokratie soll politische Entscheidungen erleichtern, aber nicht die Souveränität der Bürger einschränken. Die Wahl des Bundespräsidenten braucht keinen Filter des Volkswillens durch die Bundesversammlung, sondern kann durch die Bürger direkt erfolgen. Auch über die kommende EU-

Verfassung soll das Volk selbst abstimmen, denn jeder einzelne Deutsche wird mit den Regeln dieser Verfassung leben.

## 5. Wohlstand braucht Wissen

Freie Demokratische Politik steht für mehr Bildungschancen für alle Menschen.

Bildung als Bürgerrecht heißt: Jeder soll Zugang zur besten auf ihn zugeschnittenen Bildung, Ausbildung und Fortbildung erhalten. Der Geldbeutel der Eltern darf künftig nicht länger über die Chancen eines Kindes entscheiden.

Der Staat muß neue Ideen und mehr Geld in seine Bildungssysteme investieren. Die planwirtschaftliche Herrschaft der starren Bildungsbürokratie über Schulen und Hochschulen muss beendet werden. Nur echter Wettbewerb unter den Schulen und Hochschulen schafft den Anreiz für eine bestmögliche Bildung und Ausbildung unserer jungen Generation. Bessere Hochschulen heißt: Bekenntnis zu Eliten, Wettbewerb um Studenten zwischen den Hochschulen, bessere Studienbedingungen und schnellere Abschlüsse.

Bildung als Bürgerpflicht heißt: Wer zu lange studiert, muß Studiengebühren zahlen. Wer berufliche Weiterbildung ablehnt, darf nicht auf Kosten der Allgemeinheit leben.

Die FDP steht für Forschungsfreiheit statt Forschungsfeigheit. Deutschland kann es sich nicht leisten, auf Forscher und auf Forschungsfelder der Zukunft zu verzichten. Wir sind für Forschungsfreiheit und Forschungsfreundlichkeit. Das heißt: Die Chancen der Gentechnologie haben Vorrang vor den Risiken.

Die Abwanderung der jungen Eliten aus Deutschland ist ein zentrales Thema der FDP. Diese jungen Eliten suchen nicht nur bessere materielle Chancen. Sie wollen sich vor allem besser entfalten und ihr Glück in einer freien Gesellschaft in die eigenen Hände nehmen.

## 6. Für einen modernen Dienstleistungsstaat

Die FDP will den Staat neu gründen auf die Kraft seiner Bürger und die Kraft vorbildlicher Politik. Der Staat muß dienen, nicht herrschen; er soll nützen, nicht belasten. Der bescheidene Staat ist der starke Staat.

Die FDP stellt sich an die Spitze der Diskussion um institutionelle Reformen. Deshalb tritt die FDP für die Reduzierung der Zahl der Bundesländer auf neun ein.

Der Staat muss sich dem Prinzip des Wettbewerbs stellen. Deshalb ist die FDP für einen Wettbewerbsföderalismus. Die Länder brauchen einen Wettbewerb um die besten Lebensbedingungen ihrer Bürger, bei Schulen genauso wie beim Umweltschutz oder bei den Steuern.

Zum Wettbewerbsföderalismus gehören erkennbare Verantwortlichkeiten. Deshalb ist die FDP für die Streichung der Gemeinschaftsaufgaben und die Abschaffung der Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern.

Politik muss das vorleben, was politische Entscheidungen von den Bürgern verlangen. Politiker sind Treuhänder der ihnen von den Bürgern anvertrauten Steuergelder. Deshalb muss Politik sparsam sein. Deshalb ist die FDP dafür, dass Politiker als gewählte Mandatsträger auf Zeit keine Pensionsansprüche erwerben, sondern wie Freiberufler ihre Altersversorgung selbst regeln. Deshalb ist die FDP dafür, dass die Höhe der Diäten nicht von den Parlamentariern, sondern durch eine unabhängige Kommission beim Bundespräsidenten festgelegt wird.

## 7. Für eine konzeptionelle Außenpolitik

Deutsche Außenpolitik braucht wieder einen konzeptionellen Rahmen. Verlässlichkeit und Berechenbarkeit,

europäische Einbettung und transatlantische Partnerschaft sind vor der Amtsübernahme von Rot-Grün die Grundpfeiler deutscher Außenpolitik gewesen. Sie haben Nachkriegsdeutschland zurückgeführt in die westliche Wertegemeinschaft, sie haben die Deutsche Einheit in Frieden und Freiheit ermöglicht.

Die deutsche Außenpolitik hat seit 1998 ihre Berechenbarkeit verloren. Sie betreibt europäische Achsenbildung in Gegnerschaft zum transatlantischen Bündnis. Sie spaltet Europa zwischen alt und neu sowie zwischen groß und klein. Europäische Einbettung darf nicht allein auf der deutsch-französischen Partnerschaft beruhen. Sie darf sich nicht als Abgrenzung zur transatlantischen Partnerschaft verstehen.

Die deutsche Außenpolitik ist ereignisorientiert, reaktiv und schwankend. Das hat zum Bedeutungsverlust Deutschlands in der Welt beigetragen. Was CNN heute zeigt, gilt als wichtig; was unser Land morgen braucht, bleibt im Dunkeln. Fernseh-Außenpolitik ist kurzsichtig. Deutsche Außenpolitik muss strategisch initiiierend sein.

Wichtige Zukunftsfelder sind nicht mehr Bestandteil der deutschen Außenpolitik: Wie stellt sich Deutschland ein auf die demographische Entwicklung der Welt? Wie lauten die geopolitischen Herausforderungen? Sind die jungen Gesell-



schaften die Wachstumszentren von morgen? Was sind unsere nationalen Interessen? Eine konzeptionelle Außenpolitik muß diese Fragen beantworten.

Die FDP macht eine der globalen Herausforderungen unserer Zeit, die Bekämpfung von AIDS rund um den Globus, zu einer Maxime außenpolitischen Handelns, so wie es die Präsidenten Bush und Chirac bereits heute tun. Die FDP will außenpolitischen Protektionismus abschaffen, der Entwicklungsländern den Zugang zu den Märkten der Wohlhabenden mit Zöllen versperrt und die Fairness des Wettbewerbs mit eigenen Agrarexportsubventionen verhindert. Die FDP will Freihandel, der nicht länger zu Lasten der Chancen Anderer auf dem Weltmarkt Teile der europäischen Landwirtschaft abschottet.

Unsere Idee des liberalen Rechtsstaates beansprucht Gültigkeit auch für die Staatengemeinschaft. Eine Weltbürgergesellschaft braucht eine globale Rechtsordnung. Dazu gehören als äußerstes Mittel auch militärische Einsätze. Doch militärische Mittel dürfen außenpolitische Strategien nicht ersetzen. Bundeswehrsoldaten in immer größerer Zahl an immer mehr Orte zu entsenden und gleichzeitig der Bundeswehr die finanziellen Mittel für eine bessere Ausstattung zu verweigern, ist unverantwortlich.

Die FDP lehnt eine Außenpolitik ab, die zur Wahl zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zwingt. Wir wollen genauso wenig eine Außenpolitik, die unseren Kontinent in ein neues und ein altes Europa aufspaltet. Wir wollen eine Außenpolitik, die berechenbar ist, Deutschlands Interessen klar definiert und konsequent verfolgt.

Die FDP muß die reaktive Außen- und Europapolitik von Rot-Grün stärker stellen und ihr eigene Konzepte entgegensetzen.

## **VI. Die neue Wende organisieren:**

### **Bürger bewegen, Unterstützer gewinnen**

Unabhängigkeit ist die Grundlage für Unverwechselbarkeit. Ein eigenständiges programmatisches Profil ist dafür erste Voraussetzung. Kreatives Politikmarketing, inhaltlich klar, unkonventionell und mutig, ist auch weiterhin gefordert. Das erreichen wir nur durch Professionalität und ein konsequentes Management unserer Politik. Dabei kommt dem Präsidium der Partei die Schlüsselstellung zu.

Alle gewählten Mitglieder des Präsidiums übernehmen als Politikmanager Verantwortung für Themenfelder. Dazu gehört es, Kontakt zu den zuständigen Bundesfachausschüssen, den Foren, den Arbeitskreisen der Fraktion, zu den Gliederungen, zum liberalen Vorfeld sowie zu den Ver-

bänden zu pflegen. Als Führungspersönlichkeiten leiten die Präsidiumsmitglieder aus gesellschaftlichen Entwicklungen Schlussfolgerungen für die Parteiarbeit ab, erarbeiten Beschlussvorlagen für Gremien und stehen mit besonderer inhaltlicher Verantwortung im Führungsteam in der Öffentlichkeit.

Nur wenn jeder für sich und jeder für alle die für Deutschland dringend notwendige neue Wende 2006 als oberste Priorität sieht, werden wir das Ziel gemeinsam erreichen.

Jeder in der Führung der FDP trägt eine eigene Verantwortung für den Erfolg. Wer als Liberaler Defizite erkennt, darf sie nicht nur benennen. Er muss an ihrer Beseitigung selbst und konkret mitwirken. Führungsmitglieder dürfen Lagen nicht beschönigen oder verklären. Führungsmitglieder dürfen aber auch nicht schlechtreden und demotivieren. Wer als Führungsmitglied andere kritisiert, um sich selbst zu entlasten oder zu erhöhen, wird seiner Verantwortung für den gemeinsamen, liberalen Erfolg nicht gerecht. Führungsmitglieder dürfen diffamierende Stichworte des politischen Gegners nicht übernehmen, sondern müssen sie zurückweisen.

Die Bundestagsfraktion der FDP steht ebenfalls in besonderer Verantwortung für die inhaltliche Schärfe und mediale Wahrnehmbarkeit unserer Politik. Parteiführung und Frakti-

on müssen deshalb eng miteinander zusammenarbeiten und Synergien nutzen.

Die FDP wird Brücken zur Mitarbeit und zur Mitwirkung in die Gesellschaft bauen. Als moderne und dynamische Partei sind wir attraktiv für alle Altersgruppen. Wir wollen die unzufriedenen Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die sich derzeit in zahlreichen Bürger-Konventen und Bürgerinitiativen versammeln, zum Engagement in der Politik, nicht neben der Politik, einladen. Demokratie braucht Demokraten, Demokraten brauchen Organisation, politische Organisation braucht Parteien. Parteien wiederum haben eine Basis in der Gesellschaft nur, wenn sie nicht nur mit ihrer Politik, sondern auch mit ihren Organisationsformen attraktiv für die Mitwirkung der Menschen werben. Deshalb werden wir die Öffnung und Reform unserer Partei fortsetzen.

Durch einen breiten und steten Dialog wurzelt die FDP tiefer in der Gesellschaft. Menschen mit Mut zum öffentlichen und privaten Bekenntnis zur FDP sind wichtige Botschafter liberaler Politik. Sie festigen das Ansehen der FDP in der Gesellschaft und machen die Partei widerstandsfähiger gegen Kampagnen. Die FDP wird Netzwerke um die Partei weiter wachsen lassen und fachliche Kompetenz und öffentliche Prominenz nach innen und nach außen nutzen.

Dazu gehören:

- Stärkung der liberalen Organisationen (Vorfeld)
- Aufbau einer bekennenden Prominenteninitiative
- Kompetenzgewinn durch Berater aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft
- Ausbau des Bürgerfonds-Netzwerkes
- Öffnung der Fachgremien für externe Experten
- Themen-Dialog der fachpolitischen Sprecher

Die FDP hat die Öffnung und die Reform der Parteiarbeit mit vielen Initiativen eingeleitet. Dazu gehören der Landesverband im Internet ebenso wie die Kampagnen-Mitgliedschaft, der Mitgliederentscheid oder die offenen Abstimmungen über unser Wahlprogramm.

Die Öffnung und Reform der FDP, weg von der Gremienpartei und hin zur Bürgerpartei, wollen wir fortsetzen. Als Bürgerpartei pflegt die FDP möglichst den unmittelbaren und persönlichen Kontakt zu den Menschen. Wir wollen mehr Möglichkeiten zur Mitarbeit auch für diejenigen Menschen schaffen, die an Einzelthemen interessiert sind oder über einen begrenzten Zeitraum mitwirken möchten. Dazu bieten wir eine zeitlich begrenzte Mitgliedschaft im Rahmen von Kampagnen ebenso an wie die Möglichkeit zur Wählerregistrierung, um bei der Kandidatenaufstellung für öffentli-

che Ämter vor Wahlen eine breitere Bürgerbeteiligung zu ermöglichen.

Die FDP verfügt durch das liberale Vorfeld bereits heute über ein vielfältiges Angebot zur Mitarbeit. Diese Möglichkeiten, Menschen in ihren jeweiligen Lebensumständen für die liberale Idee zu begeistern und zu gewinnen, wollen wir in Zukunft noch stärker ausbauen. Dies gilt für den Mittelstand ebenso wie für soziale Bewegungen, dies gilt für die Frauen ebenso wie für die junge Generation oder die Senioren. Die Arbeit der liberalen Kommunalpolitiker hat in den vergangenen Jahren erfreuliche Früchte bei der Verbreiterung der kommunalen Basis der FDP getragen. Diesen Kurs werden wir fortsetzen.

Die FDP hat in den vergangenen zweieinhalb Jahren bei allen Wahlen Zuwächse erzielt. Bei der Bundestagswahl hat sie zwar an Stimmen und Mandaten hinzu gewonnen, aber an Gewicht verloren. Die FDP hat in dieser Legislaturperiode keine strategische Option in der Opposition. Deswegen ist es umso wichtiger, dass ein koordiniertes Auftreten im Bundesrat die gewachsene Substanz in den Ländern zur politischen Geltung bringt.

Bei der Bundestagswahl 2002 erreichte die FDP gegenüber 1998 ein Plus von 1,2 Prozentpunkten (Erststimmenzuwachs: 2,7 Prozentpunkte). Damit verbesserte sich die FDP

auch gegenüber 1994. Zeitgleich, am Tag der Bundestagswahl, erlangte sie bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ein Plus von 3,1 Prozentpunkten, verfehlte allerdings mit 4,7 Prozent den Einzug in den Landtag. Bei den folgenden Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen wurden mit Zuwächsen von 2,8 und 3,2 Prozentpunkten die besten Landtagswahlergebnisse in Hessen seit über 30 Jahren und in Niedersachsen seit 40 Jahren erreicht. Die anschließende Kommunalwahl in Schleswig-Holstein brachte einen Zuwachs von 0,9 Prozentpunkten. Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen erreichte die FDP ein Plus von 1,7 Prozentpunkten, verfehlte aber mit 4,2 Prozent die landesweite Fünf-Prozenthürde. Durch das Überschreiten der Fünf-Prozenthürde in Bremerhaven konnte die FDP dennoch erstmals seit acht Jahren wieder in die Bürgerschaft einziehen. Auch bei der nachfolgenden Kommunalwahl in Bremerhaven legte die FDP um 4,4 Prozentpunkte auf 7,4 Prozent zu und ist damit ebenfalls nach acht Jahren erstmals wieder in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. Bei der Landtagswahl in Bayern gab es, ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau, einen Zuwachs von 0,9 Prozentpunkten. Dieses Ergebnis war eine empfindliche Niederlage für die FDP. Bei der Kommunalwahl in Brandenburg konnte die FDP dagegen wieder deutlich um 2,2 Prozentpunkte auf im Landesschnitt 6,3 Prozent zulegen.

Die letzten zweieinhalb Jahre einschließlich der Bundestagswahl und der anschließenden Wahlen waren für die FDP insgesamt eine Zeit mit Substanzgewinn. Die Zahl der Landtagsabgeordneten hat sich von 55 auf 112 mehr als verdoppelt. Die FDP ist an fünf Landesregierungen beteiligt: Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt. In nunmehr zehn Landesparlamenten ist die FDP vertreten: Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein. (Durch den Eintritt einer Abgeordneten ist die FDP auch im Landtag von Sachsen vertreten.) Seit 2001 ist die FDP in fünf Landesparlamente wieder zurückgekehrt: Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt. Auch wenn wir über das Ergebnis der Bundestagswahl gemessen an unseren Erwartungen und Möglichkeiten enttäuscht waren, gibt es doch regional bemerkenswerte Unterschiede und Aspekte, derer sich die FDP annehmen muss. Einerseits hat sich die FDP mit über fünf Prozent in allen neuen Bundesländern als eine von drei gesamtdeutschen Parteien etabliert. Aber die Entwicklung der FDP ist in den Ländern sehr unterschiedlich. Bei der Bundestagswahl 2002 hat die FDP trotz eines bundesweiten Zugewinns von 1,2 Prozentpunkten in Baden-Württemberg (-1%) und Bayern (-0,6%) gegenüber der vorherigen Bundestagswahl an Stimmen verloren und damit die überdurchschnittlichen Verluste bei der Bundestagswahl 1998 fortgesetzt. Das legt



nahe, dass die Arbeit der FDP auch regional differenziert sein muss. Die FDP muss in regionalen Befindlichkeiten wurzeln, sie muss sich auf die unterschiedlichen Milieus in Stadt und Land einstellen.

Die weitere Stärkung der FDP beginnt bei den Kommunalwahlen. Der Ausbau der kommunalen Basis macht die FDP wetterfest, kommunale Präsenz gibt ihr ein sympathisches Gesicht vor Ort. Dort, wo die kommunale Basis aktiv ist, werden bessere Ergebnisse auch bei Landtags- und bei bundesweiten Wahlen erzielt. Auch deswegen ist das Wahljahr 2004 mit seinen 8 Kommunalwahlen von großer Bedeutung.

Im Jahr 2004 starten wir bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Saarland, Sachsen und Thüringen als außerparlamentarische Partei.

Auch bei der Europawahl wollen wir nach 10 Jahren wieder ins Europaparlament zurückkehren. Die FDP hat eine große außen- und europapolitische Tradition. Bei den Europawahlen wollen wir Europa zu einem Thema der Bürger machen. Wir wollen die positive Faszination des gemeinsamen Europa vermitteln, ein Europa der Bürger in Frieden und Freiheit, ein liberales Europa, das im Interesse der Menschen arbeitet und einen Platz in den Herzen der Bürger findet.

Weil wir aus einer klaren europapolitischen Tradition kommen, müssen wir auch kritische Entwicklungen offen benennen. Das blau-gelbe Band liberaler Politik für Privat vor Staat, für Freiheit und Verantwortung, für weniger Bürokratie und weniger Steuern, muss auch die erkennbare Leitlinie unseres Europawahlkampfes sein. Wir wollen ein Europa der Bürger statt Bürokraten, wir wollen eine Europäische Verfassung, die aktiv von den Bürgerinnen und Bürgern in einer Volksabstimmung, wie in der Mehrheit der europäischen Staaten auch, zu ihrer eigenen Sache gemacht wird. Die FDP muss bei der Europawahl zeigen: Wir können Europa besser.

## **VII. Lebendige FDP**

Attraktive Parteiarbeit heißt auch lebendige innerparteiliche Diskussion. Seit dem Mai 2001 hat die FDP bis heute über 14.000 Eintritte zu verzeichnen. Knapp die Hälfte davon sind jünger als 35 Jahre. Die FDP hat die Trendumkehr durch einen deutlichen Mitgliederzuwachs erreicht, denn auch netto ist in diesem Zeitraum die Zahl der Mitglieder von 62.892 auf 65.589 (Ende Oktober 2003) gestiegen. Im Jahr 2003 ist die Zahl der Mitglieder bisher allerdings rückläufig. Den 3.637 Eintritten seit Januar 2003 stehen 4.250 Austritte gegenüber.

Der zu geringe Anteil an weiblichen Mitgliedern blieb bei 23 Prozent. Knapp 20 Prozent der Mitgliedschaft sind jünger als 35.

Freie Demokratische Politik wird für viele Mitglieder und Anhänger erst spannend, wenn sie die Diskussion grundsätzlicher politischer Fragen im Orts- oder Kreisverband erleben. Wir wollen Motor sein für ein neues Aufbruchgefühl. Deswegen wollen wir auf allen Ebenen die „Lebendige FDP vor Ort“ mit einer sachlichen Streitkultur und einer lebhaften, ergebnisoffenen Diskussionsbereitschaft fördern. Wir setzen auf inhaltliche Pro und Contra–Veranstaltungen in allen Kreisverbänden.

Die Kampagnenarbeit hat dazu beigetragen, dass sich die FDP bei bestimmten Schwerpunktthemen profilieren konnte. Die Kompetenz, die der FDP in der Steuer- und Bildungspolitik zugeschrieben wird, ist auch dieser Konzentration auf klare thematische Schwerpunktsetzungen zu danken. Diese Arbeit werden wir zur weiteren Schärfung unseres programmatischen Profils und zur besseren Erkennbarkeit vor Ort in enger Zusammenarbeit mit den liberalen Partnern ausbauen.

Die finanzielle Konsolidierung der FDP ist nicht nur Voraussetzung für die weitere Kampagnenfähigkeit der Partei – sie ist auch der innerparteiliche Glaubwürdigkeitstest für un-

seren Anspruch, mit marktwirtschaftlicher und finanzpolitischer Kompetenz zur Sanierung Deutschlands beizutragen. Im Jahr 2003 erreichen wir die finanzielle Trendwende. Erstmals seit 1994 wird der Haushalt der Bundesgeschäftsstelle durch weitere deutliche Einsparungen im Sachkosten- und im Personalbereich nicht überschritten, sondern voraussichtlich unterhalb der Ansätze bleiben. Erstmals seit 1994 werden wir Schulden in einer Größenordnung von mehr als 1,5 Mio. Euro abbauen.

Zu den wichtigsten Antworten auf die Finanz- und Organisationsprobleme gehören auch neue Wege in der Parteiarbeit. Mit dem FDP-Bürgerfonds, mit neuen Sponsoring-Konzepten, insbesondere aber mit dem Liberalen Parteiservice, der gemeinsam von der Bundespartei und den Landesverbänden getragen wird, wurde ein Angebot für gemeinsame Finanz- und Organisationsdienstleistungen geschaffen, das heute von der Buchführung bis zum Infostand für alle Gliederungen reicht.

Nur wenn wir die Finanzsituation dauerhaft stärken, können wir Kampagnen zu Erfolgen machen und die Außenwirkung der Partei attraktiver gestalten. Wir werden die Zeit in der Opposition bis zur erneuten Regierungsverantwortung spätestens im Jahr 2006 nutzen, um die Kampagnenfähigkeit nach innen und außen zu verbessern.

## **VIII. FDP: Mit Macht für mehr Freiheit**

Die FDP ist die Partei mit dem Willen zur Freiheit und dem Willen zur Macht. Wir wollen mit Macht mehr Freiheit und Fairness durchsetzen. Wir wollen mit konsequentem Einsatz für Freiheit und Fairness die politische Macht in Deutschland zurückgewinnen.

Ziel der FDP bleibt eine grundlegende Veränderung der Parteienlandschaft in Deutschland mit drei gleichgewichtigen politischen Strömungen, die mit unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung für die Grundwerte der Demokratie stehen. Die FDP entscheidet sich im Zweifel für die Freiheit.

Die FDP will langfristig selbst um eigene Mehrheiten kämpfen, wie es vielen anderen liberalen Parteien in Europa bereits gelungen ist. Dafür muss die FDP nicht ihren politischen Standort oder ihre programmatische Ausrichtung ändern. Im Gegenteil: Die FDP muss in einer sich liberalisierenden Gesellschaft Kurs halten und kenntlich sein.

Kurzfristig will die FDP spätestens im Jahr 2006 die Ablösung der rot-grünen Bundesregierung, die Deutschland in die schlimmste politische, wirtschaftliche und soziale Lage seit Gründung der Bundesrepublik gebracht hat. Unser wichtigster Koalitionspartner dafür sind nicht andere Partei-

en, sondern vor allem die Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft: Menschen, die durch Veränderung und Bewegung mutig die große Chance ergreifen wollen, mit mehr Freiheit und weniger Staat die großen Fragen unserer Gesellschaft zu beantworten.

Die FDP steht mit ihrer Tradition für die politische Mitte der Demokratie. Die FDP wird ihren Standort nicht verändern, weil andere Parteien ihren Standort verändern. Die FDP wird ihren Standort nicht nach der Distanz oder Nähe zu anderen Parteien bemessen. Wenn andere Parteien einzelne Programmpunkte der FDP übernehmen, ist das nicht Anlass für einen Richtungswechsel der FDP. Wenn andere Parteien sich von der FDP entfernen, läuft die FDP ihnen nicht hinterher. Das ist die liberale Unabhängigkeit, die wir meinen. Koalitionsaussagen stehen dem nicht entgegen. Sie sind möglich, häufig auch nötig, aber nicht automatisch zwingend. Wenn sie erfolgen, dann erst, wenn sie anstehen, aber nicht auf Vorrat. Wenn sie erfolgen, dann aus der Sache heraus und nicht aus einem Lagerdenken.

Für die FDP gibt es keine Koalition in der Opposition. Dies ginge zu Lasten eines befruchtenden demokratischen Wettbewerbes. Der koalitionspolitischen Abhängigkeit folgt stets die programmatische Abhängigkeit. Liberale Unabhängigkeit schließt aber Zusammenarbeit und Koordination der Oppositionsparteien bei inhaltlicher Übereinstimmung in der

Sache nicht aus. Die sachliche Zusammenarbeit bei inhaltlicher Übereinstimmung ist stets geboten, wenn dadurch zum Wohle der Menschen in Deutschland rot-grüne Politik korrigiert werden kann. Die Sache, die inhaltlichen Positionen und Übereinstimmungen, sind Maßstäbe unseres Handelns gegenüber anderen Parteien. Deswegen lehnen wir eine fundamentale und destruktive Oppositionspolitik zu Lasten der Menschen in Deutschland ab.

Die FDP ist nicht Teil eines Lagers, die FDP steht einem Lager gegenüber: dem sozialdemokratischen Lagerdenken von der SPD über die Grünen bis hin zu Teilen der Union. Alle anderen Parteien vertrauen überwiegend, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, zuerst auf den Staat, und sie misstrauen den Menschen. Sie vertrauen auf Bürokratie und misstrauen der Freiheit. Sie wollen immer noch soziale Sicherheit durch Beschränkung und Einschränkung der Leistungsbereiten erreichen. Doch ihre Rezepte führen in die heutige wirtschaftliche und geistige Armut Deutschlands. Wer die Starken ständig fesselt, wird die Schwachen nur noch schwächer machen.

Die FDP sortiert ihre Wähler nicht nach Zielgruppen. Wer immer nur an Zielgruppen denkt, verliert seine Ziele aus den Augen. Wir wenden uns nicht an Zielgruppen, sondern an Haltungen. Die FDP ist die Partei für alle im Volk, die ein selbstbestimmtes Leben in einer freien und fairen Gesell-

schaft führen wollen. Der Liberalismus ist in allen Bevölkerungsschichten zu Hause. Freiheit zur Verantwortung ist eine Haltung, die unabhängig von Einkommensklassen, Berufszugehörigkeit, Alter, Geschlecht oder Religion überzeugt. Die FDP will alle erreichen, bei denen freiheitliche Werte und Verantwortungsbewußtsein in ihrem persönlichen Leben an oberster Stelle stehen. Die FDP wendet sich an alle, die bereit sind, mit Leistungsbereitschaft, Weltoffenheit und Toleranz für sich und für andere das bessere Leben zu erreichen.

Die Bürgergesellschaft braucht die Bürgerpartei. Volksparteien orientieren sich am Kollektiv, die liberale Bürgerpartei stellt das Individuum in den Mittelpunkt ihres Handelns.

Wir sind der politische Arm der aktiven Bürgergesellschaft. Wir sind die liberale Bewegung für alle, die etwas bewegen wollen. Wir sind keine Volkspartei mit inhaltlicher Beliebigkeit, sondern eine Bürgerpartei mit klarer Ausrichtung, deren Politik gut ist für das ganze Volk.



## Anlage

**Wahlen seit Mai 2001**

|  | Ergebnis | Zuwachs |
|--|----------|---------|
| Kommunalwahl Niedersachsen 2001          | 6,2      | 1,6     |
| Landtagswahl Hamburg 2001                | 5,1      | 1,6     |
| Landtagswahl Berlin 2001                 | 9,9      | 7,7     |
| Kommunalwahl Bayern 2002                 | 2,0      | 0,4     |
| Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2002         | 13,3     | 9,1     |
| Bundestagswahl 2002                      | 7,4      | 1,2     |
| Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2002 | 4,7      | 3,1     |
| Landtagswahl Hessen 2003                 | 7,9      | 2,8     |
| Landtagswahl Niedersachsen 2003          | 8,1      | 3,2     |
| Kommunalwahl Schleswig-Holstein 2003     | 5,7      | 0,9     |
| Landtagswahl Bremen 2003                 | 4,2      | 1,7     |
| Landtagswahl Bayern 2003                 | 2,6      | 0,9     |

|                               |     |     |
|-------------------------------|-----|-----|
| Kommunalwahl Brandenburg 2003 | 6,3 | 2,2 |
|-------------------------------|-----|-----|

### Bundestagswahl 2002 nach Ländern

|                        | Ergebnis | Zuwachs |
|------------------------|----------|---------|
| Baden-Württemberg      | 7,8      | -1,0    |
| Bayern                 | 4,5      | -0,6    |
| Berlin                 | 6,6      | 1,7     |
| Brandenburg            | 5,8      | 3,0     |
| Bremen                 | 6,7      | 0,8     |
| Hamburg                | 6,8      | 0,3     |
| Hessen                 | 8,2      | 0,3     |
| Mecklenburg-Vorpommern | 5,4      | 3,2     |
| Niedersachsen          | 7,1      | 0,7     |
| Nordrhein-Westfalen    | 9,3      | 2,0     |
| Rheinland-Pfalz        | 9,3      | 2,2     |
| Saarland               | 6,4      | 1,7     |
| Sachsen                | 7,3      | 3,7     |
| Sachsen-Anhalt         | 7,6      | 3,5     |
| Schleswig-Holstein     | 8,0      | 0,4     |
| Thüringen              | 5,9      | 2,5     |
| Bund                   | 7,4      | 1,2     |